



Jahrelang galt der Gewerbepark Waldlaubersheim als Erfolgsgeschichte. Doch die Grundstücksverkäufe stocken, die dafür zuständige Vermarktungsgesellschaft GGS ist in eine finanzielle Schieflage geraten.

Fotos: Denise Bergfeld

Aufsichtsratchef wehrt sich gegen Vorwürfe

Gewerbepark Schüffner stellt sich vor GGS-Geschäftsführer – Forderung nach mehr politischem Engagement bei Vermarktung

Von unserem Redakteur
Dominic Schreiner

■ **VG Stromberg.** In der Affäre um die Gesellschaft für Gewerbeansiedlung VG Stromberg mbH (GGS) kehrt keine Ruhe ein. Vor fast zwei Wochen hatte der Rat der VG Stromberg beschlossen, die Verbindlichkeiten der hoch verschuldeten Gesellschaft, die für die Vermarktung der Grundstücke im Gewerbepark Waldlaubersheim zuständig ist, zu übernehmen. Rund 3 Millionen Euro hatten sich im Laufe der vergangenen Jahre angesammelt. Ende Februar hatte die Geberin eines Teils der Kredite, die Sparkasse Rhein-Nahe, angesichts tieferer Zahlen die Reißleine gezogen und die Konten der GGS

„Bis Februar lief ja alles ganz normal.“

GGS-Aufsichtsratschef Hans-Joachim Schüffner (CDU) zum Vorwurf, das von ihm geleitete Gremium habe schon 2011 einschreiten müssen.

sperren lassen. Um eine drohende Insolvenz der Gesellschaft abzuwenden, beschloss der Rat mit der Mehrheit der Stimmen von SPD und WGS/WGP, dass die VG Stromberg sowohl die Kredite der GGS bei der Sparkasse (rund 1,6 Millionen Euro) als auch die bei den VG-Werken (1,35 Millionen Euro) übernehmen soll.

Im Zuge der Affäre war auch der Aufsichtsrat der GGS, die eine 100-prozentige Tochter der VG ist, schwer unter Beschuss geraten. Der Vorwurf: Das Gremium habe bei der bedenklichen Entwicklung im Gewerbepark – immer weiter auflaufende Kosten bei so gut wie keinen Verkäufen – schon 2011 die Konsequenzen ziehen müssen. Hans-Joachim Schüffner (CDU), der dem

Kontrollgremium vorsitzt, sieht das anders. „Alle Aufsichtsratsmitglieder haben ihre Aufgabe pflichtgemäß erfüllt“, sagt er. Bis Februar, also bis zur Sperrung der GGS-Konten, sei „alles völlig normal gelaufen“, bekräftigt Schüffner.

Vonseiten einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die die Geschäftstätigkeiten der GGS regelmäßig unter die Lupe genommen habe, sei der Vermarktungsgesellschaft stets ein unbedenkliches Zeugnis und eine positive Prognose ausgestellt worden. Auch der Geschäftsführer und aktuell einzige Angestellte der GGS, Franziskus Graf von Plettenberg, habe seine Arbeit ordentlich gemacht. Daher stehe es auch außer Frage, dass der Vertrag von von Plettenberg, der noch bis Juni 2016 läuft, seitens der VG erfüllt werde.

Schüffner zufolge würde sich die GGS in Sachen Vermarktung der

Gewerbeflächen vor allem auf das Internet konzentrieren. Außerdem würden ähnliche Projekte wie in Waldalgesheim oder Weiler zeigen, dass erfolgreiche Vermarktung der Hilfe der Politik bedürfe. In den genannten Projekten seien die Ortsbürgermeister viel stärker engagiert, als es die Stromberger VG-Bürgermeisterin Anke Denker (SPD) in Waldlaubersheim sei. „Denker müsste eindeutig mehr tun. Das ist kein Vorwurf, nur eine Feststellung“, erklärt Schüffner.

„Ich habe schon oft dazu aufgefordert, mir irgendjemand zu nennen, der überhaupt erfolgreich vermarkten kann“, schiebt Schüffner hinterher. Denn generell sei die Vermarktung gerade von Gewerbeflächen ein schwieriges Geschäft. Schüffner vermutet zudem, dass es einigen Mitgliedern des VG-Rats in der Causa GGS längst nicht mehr nur um die Sache gin-

ge, „sondern den ein oder anderen stört der Geschäftsführer“. Dass die SPD jetzt mitteilte, dass man dessen Vertrag nicht verlängern wolle, sei ein Manöver zur Rettung der eigenen Ehre: „Die Schuld jetzt auf einen Einzelnen zu schieben – das ist primitiv.“

Der Aufsichtsrat der GGS

Der Aufsichtsrat der GGS hat sieben Mitglieder. Für die SPD wurden VG-Bürgermeisterin Anke Denker, Gerhard Keuser und Waldlaubersheims Ortsbürgermeister Volker Müller-Späh ins Gremium gewählt, für die CDU Helmut Höning, Nicole Hippert und Hans-Joachim Schüffner, für die WGS/WGP seit Ende vergangenen Jahres Bernd Kleeberg. Chef des Aufsichtsrats ist Hans-Joachim Schüffner (CDU), sein Stellvertreter ist Gerhard Keuser (SPD). *dom*

SPD: Kein Vertrag für GGS-Chef

Personalpolitik Rätsel um Misserfolg bei Vermarktung

■ **VG Stromberg.** Für Petra Sinß, Vorsitzende des SPD-Gemeindeverbands Stromberg, bleiben die Ursachen für die Schieflage der Vermarktungsgesellschaft GGS rätselhaft: „Die Beteiligungsberichte, die durch den Geschäftsführer dem Verbandsgemeinderat einmal jährlich vorgelegt wurden, zeigten die großen Probleme der Gesellschaft nicht auf. Die schwache Vermarktung der Grundstücke ist für die Ratsmitglieder der SPD nicht nachvollziehbar. Die Gründe für die geringen Verkäufe sind weder konjunkturell, noch durch die Lage des Gebietes oder den Kaufpreis zu begründen.“

Deshalb schließt Sinß eine Verlängerung des Arbeitsverhältnisses von GGS-Geschäftsführer Franziskus Graf von Plettenberg, dessen zeitlich befristeter Vertrag bis Juni 2016 läuft, aus. „Eine Weiterbeschäftigung – durch Übertragung weiterer Aufgaben der Ortsgemeinden und der Verbandsgemeinde, wie von der CDU gefordert, wird nicht unsere Zustimmung finden“, erklärt die Gemeindeverbandsvorsitzende.

Außerdem habe es bis Montag weder von GGS-Aufsichtsratschef Hans-Joachim Schüffner noch von von Plettenberg, dem Chef der Gesellschaft selbst, kein offizielles Statement zu der aktuellen schwierigen Situation gegeben, geschweige denn einen Lösungsvorschlag. Beide sind CDU-Mitglieder. Von Plettenberg war auch gegenüber dem „Öffentlichen“ bislang noch zu keiner Stellungnahme bereit. *Dominic Schreiner*

Gewerbepark-Initiator: Affäre ist ein Skandal

Historie Ex-VG-Chef legt wegen Entwicklung 2013 seinen Sitz im Rat nieder

■ **Stromberg.** Achim Schöffel ist entsetzt. Der Ex-Chef der VG Stromberg, selbst Initiator und Hauptverantwortlicher des Projekts Gewerbepark Waldlaubersheim, sieht eine anfängliche Erfolgsgeschichte zunichtegemacht – durch die Misswirtschaft der GGS (Gesellschaft für Gewerbeansiedlung Stromberg) und deren drohende Insolvenz. „Ich habe bisher immer versucht, mich nicht ins politische Geschäft einzumischen“, betont Schöffel. Doch die Zeiten, in denen er sich zurückgehalten habe, seien nun vorbei. Die Affäre um die GGS bezeichnet er als einen Skandal.

Die positiven Aspekte des Gewerbeparks sind für Schöffel die Ansiedlung von 25 Unternehmen mit rund 520 Arbeitsplätzen und Einnahmen unter anderem aus der Gewerbesteuer von rund 4,7 Millionen Euro sowie aus der Vergütungssteuer (rund 1,25 Millionen Euro). Wegen der hohen Kosten sei er selbst aber kein Befürworter einer GmbH zur Umsetzung des Gewerbeparks gewesen. Die zu Grundstücksankauf und Erschließung benötigten Kredite seien teilweise sogar vorzeitig getilgt und eine erste Bürgschaft der VG über 1,5 Millionen Euro bereits 2007 von der Bank zurückgegeben worden.

Dennoch sei ihm bereits im Laufe des Jahres 2004 klar geworden, dass wegen der wenigen noch zu vermarktenden Restflächen die Weiterbeschäftigung eines hauptamtlichen Geschäftsführers nicht zu verantworten sei, da sich nach seiner Erinnerung die jährlichen Kosten einschließlich Sachkosten und Zinsen sowie Sekretärin auf 200 000 Euro belaufen. „Dieses Erkenntnis hatte ich bereits 2004 dem



Anfangs liefen die Geschäfte im Gewerbepark von allein. Doch für dessen Initiator Achim Schöffel gab es bereits 2004 erste Anzeichen dafür, dass die Vermarktung der Grundstücke unzureichend war.

Geschäftsführer, dem Aufsichtsrat und 2015 auch Bürgermeisterin Denker vermittelt.“

Dabei sei ihm wichtig gewesen, eine kostengünstigere Geschäftsführung für die GGS zu finden, wie beispielsweise eine Verlagerung der Aufgaben in die Verwaltung zur Abteilung Wirtschaftsförderung. Die zweite Variante wäre gewesen, den damaligen Waldlaubersheimer Ortsbürgermeister Straub mit einer erfolgsabhängigen Bezahlung zu beauftragen.

„Es wurde einfach nichts gemacht“ Immerhin hätten die Geschäftskosten der GGS einschließlich Zinsen in den vergangenen zehn Jahren bei rund 2 Millionen Euro gelegen. In dieser Zeit sollen aber nur sieben Grundstücke verkauft worden sein. „Gab es in der jüngsten Vergangenheit eine Marketingstrategie? Oder Tätigkeitsnach-

weise, Gespräche mit Banken oder Entwicklungsgesellschaften?“, so der Ex-VG-Chef. Bis 2004 sei der Verkauf der Grundstücke ganz von allein gelaufen – aber schon damals war Schöffel klar: „Es wurde ansonsten einfach nichts gemacht.“

Bereits 2011 hätten die Aufsichtsratsvorsitzenden und die Bürgermeisterin die Reißleine ziehen müssen, kritisiert er. Schließlich habe das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises im Januar 2011 angemahnt, dass allein für die Personal- und Zinsaufwendungen der GGS bis 2016 zusätzliche Ausgaben von rund 900 000 Euro anfallen werden und gerade in der Endphase des Projektes „erhebliche finanzielle Risiken“ drohen. Daher fragt sich Schöffel auch, wie es nun sein könne, dass die Verwaltungsspitze bei Bekanntwerden der GGS-Kontensperre durch die Sparkasse im Februar plötzlich „aus al-

len Wolken gefallen“ sei. In den jährlich vorzulegenden Beteiligungsberichten sei dem VG-Rat bis zuletzt vorgegaukelt worden, dass keine negativen Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit der VG und die Gemeinde Waldlaubersheim zu erwarten seien, betont Schöffel.

„Noch im April 2014 widersprachen VG-Bürgermeisterin Denker und Geschäftsführer von Plettenberg energisch allen Kritikern und erklärten öffentlich, dass die Bürgerschaft nicht fällig werde“, erinnert er sich. Die Geschäfte seien angeblich weiterhin gut gelaufen.

Erst im März habe Denker den Beteiligungsbericht mit einer positiven Verkaufsanalyse im Verbandsgemeinderat abgegeben: Angeblich keine Risiken – durch den Erlös aus dem Verkauf der Grundstücke seien die Darlehensverbindlichkeiten vollständig getilgt worden. Die Liquidität der Gesellschaft habe sich verbessert. „Und dies vor dem Hintergrund, dass die Sparkasse den Zugang zu den Konten der GGS bereits gesperrt hatte und 2011 und 2012 nicht ein einziges Grundstück verkauft werden konnte“, unterstreicht Schöffel und fügt hinzu: „All diese positiven Berichte waren nicht nur falsch, sie führten letztlich bei allen Beteiligten – Banken, VG-Rat, Aufsichtsrat, Ortsgemeinde Waldlaubersheim – zu falschen Entscheidungen.“

„Bürgerschaft war Fehlentscheidung“ Schließend seien die Verbindlichkeiten der GGS bis Ende 2012 auf rund 1,5 Millionen Euro angewachsen. Die Bank habe damals die Verlängerung des Kredits von einer Bürgschaft durch die VG in Höhe von 500 000 Euro abhängig gemacht – die Alternative sei die Insolvenz der Gesellschaft gewe-

sen. „Spätestens hier hätten alle Alarmglocken schrillen müssen.“

Der Verbandsgemeinderat habe Ende April 2013 auf Vorschlag von Bürgermeisterin Denker und Aufsichtsratschef Schüffner der Übernahme der Bürgschaft mit den Stimmen der SPD und Teilen der

CDU zugestimmt. „Eine fatale Fehlentscheidung, die auch auf Grund einer konstruierten positiven Verkaufsprognose getroffen worden ist.“ Angeblich standen Verkaufsabschlüsse mit vier Interessenten unmittelbar bevor.

„Ich habe mehrfach darauf hingewiesen, dass die Angaben des Geschäftsführers nicht glaubhaft erscheinen und Frau Denker aufgefordert, sich persönlich mit den angeblichen Interessenten in Verbindung zu setzen. Weiterhin hatte ich gefordert, dass der Geschäftsführer dem Verbandsgemeinderat einen Marketingplan und einen Tätigkeitsbericht vierteljährlich vorzulegen hat. Meine Kritik führte zu dem Ergebnis, dass ich als Mitglied des VG-Rats rechtswidrig von der weiteren Beratung und Abstimmung ausgeschlossen worden bin – angeblich wegen eines Sonderinteresses als Mitglied des Verwaltungsrats der Sparkasse. Frau Denker, die Mitglied des Zweckverbandes der Sparkasse ist, wurde jedoch nicht ausgeschlossen – aus meiner Sicht ist das eine klare Rechtsbeugung“, betont Schöffel.

„Da ich weder die Handlungsweise der Bürgermeisterin noch das Taktieren der Aufsichtsratsvorsitzenden zur Aufrechterhaltung der GGS mitverantworten wollte und konnte, habe ich vorzeitig im Herbst 2013 mein Mandat im VG-Rat niedergelegt“, sagt Schöffel. „Leider sind meine schlimmsten Befürchtungen jetzt noch übertröfen worden.“ *dom/cob*

„Meine schlimmsten Befürchtungen wurden übertroffen.“

Achim Schöffel

WGS ist schockiert

Streit CDU hinterließ finanzielle Großbaustelle

■ **VG-Stromberg.** „Mit großer Betroffenheit, geradezu schockiert, haben wir erfahren müssen, welche finanzielle Großbaustelle, welche belastende Erbe uns die Mehrheitsverhältnisse der letzten Jahre hinterlassen haben“, meldet sich die Wählergemeinschaft WGS/WGP zu Wort, die seit 2014 im VG-Rat vertreten ist. Bis zur Kommunalwahl im vergangenen Jahr hatte die CDU im Rat mit 13 zu 11 SPD-Stimmen die Mehrheit gehabt. Im Aufsichtsrat der GGS, in dem seit vielen Jahren auch CDU-Abgeordnete vertreten seien, habe man spätestens 2013 wissen müssen, dass die Struktur der Vermarktungsgesellschaft dringend geändert werden müsse. Damals war eine Bürgschaft zur Liquiditätssicherung der GGS nötig geworden. *dom*